

INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

WAHRHEIT ANS LICHT BRINGEN

Die schrecklichen Vorkommnisse in der Kölner Silvesternacht haben uns alle entsetzt. Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden ist immens. Dafür trägt die Landesregierung, insbesondere der Innenminister, die politische Verantwortung.



Foto: Bildarchiv des Landtags NRW, Bernd Schälte

Trotz der von der CDU beantragten Sondersitzungen des Innenausschusses und des Landtags sind nach wie vor viele Fragen zur politischen Verantwortung für das zu Tage getretene Staatsversagen offen-

geblieben. Die bisherigen Äußerungen von Innenminister Jäger haben mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet.

Wer den Antrag von CDU und FDP auf Einsetzen eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses als „Wahlkampfgetöse“ abtut, hat den Ernst der Lage offenkundig nicht verstanden. Nur mit einer umfassenden Aufarbeitung der Geschehnisse, des Einsatzes der Sicherheitskräfte und der Rahmenbedingungen, die zu dieser Eskalation geführt haben, kann das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zurückgewonnen und verhindert werden, dass sich Übergriffe wie in Köln wiederholen. Jetzt müssen Ross und Reiter – und Jäger – benannt werden.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Vorweihnachtliches Gespräch mit dem Limburger Provinzdeputierten Ger Koopmans zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur europäischen Flüchtlingspolitik.



Themen dieser Ausgabe:

| | |
|--|---|
| Sozialhilfe für EU-Ausländer zeitlich einschränken | 2 |
| Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen gesichert | 2 |
| Närrischer Landtag | 2 |
| Optendrenk: NWB braucht Krisenmanagement | 3 |
| Body-Cams für Polizisten | 3 |
| Neuer Grenzübergang | 3 |
| Landesstraßenbau faktisch eingestellt | 4 |
| Kein Bürokratieabbau in den Kommunen | 4 |
| Öffnungszeiten der Kleidertruhe | 4 |
| Rot-Grüner Pensionsfonds | 5 |
| Optendrenk: Haushalt nicht im Griff | 5 |
| Wohnungseinbrüche auf dem Höchststand | 5 |
| Flüchtlingspauschale nicht realistisch | 6 |
| Willkommensbuch für Flüchtlinge | 6 |

Foto: Henning Rehbaum, Marcus Optendrenk, Armin Laschet, Ger Koopmans, Ilka von Boeselager, Matthias Kerkhoff, Christina Schulze-Föcking, Werner Jostmeier.

SOZIALHILFE FÜR EU-AUSLÄNDER ZEITLICH EINSCHRÄNKEN



Um zu verhindern, dass zusätzlich zu den Flüchtlingskosten eine weitere Kostenlawine auf die Kreise und Städte zurollt, hat die CDU einen Antrag „Finanzielle Überforderung der Kommunen vermeiden – Sozialhilfe für EU-Ausländer zeitlich einschränken“ eingebracht. Damit soll verhindert werden, dass EU-Migranten schon nach kurzem Aufenthalt in Deutschland Anspruch auf Sozialhilfe haben. Nach den jüngsten Urteilen des Bundessozialgerichts ist dies zu befürchten.

Kosten von bis zu 800 Millionen Euro im Jahr müssten die Städte und Gemeinden schultern. Vor allem die Zuwanderung aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien ist stark gestiegen. Im September vergan-

genen Jahres bezogen allein 112.000 Bulgaren und Rumänen Hartz IV. Dies entspricht einem Anstieg von 40.000 gegenüber dem Vorjahresmonat.

Es muss sichergestellt werden, dass nur diejenigen Sozialleistungen empfangen, die bei uns längere Zeit gelebt und entsprechende Beiträge entrichtet haben. Wenn jetzt bereits nach kurzem Aufenthalt auch Sozialhilfe geleistet wird, könnten mehr als 130.000 Menschen zusätzlich anspruchsberechtigt sein. Die Landesregierung muss deshalb endlich aktiv werden und Initiativen entwickeln, um die Regelungslücken im Sozialgesetz schnell zu schließen. Nur so bleibt die Akzeptanz der Freizügigkeit innerhalb Europas erhalten und die nordrhein-westfälischen Kommunen werden nicht zusätzlich finanziell belastet.

GEMEINNÜTZIGKEIT VON SCHÜTZENVEREINEN GESICHERT



Foto: © Bea Busse - Fotolia

Die abstruse Idee, den Schützenvereinen die Gemeinnützigkeit abzu-erkennen, konnte abgewendet werden. Aufgrund eines CDU-Antrags musste Finanzminister Walter-Borjans im Landtag Rede und Antwort zur Idee der Finanzverwaltung stehen und sich zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen äußern.

Auf den öffentlichen Druck hat der Finanzminister in einem Erlass an seine Verwaltung klargestellt, dass es keine Veranlassung gibt, die formellen Anforderungen der Satzungen von Schützenvereinen und anderen Traditionsvereinen im Hinblick auf die Beschränkung des Mitgliederkreises zu prüfen.

Das Engagement von Schützenvereinen und Schützenbruderschaften in vielen eh-

renamtlichen Bereichen ist überwältigend und gehört seit dem vergangenen Jahr zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass das Schützenwesen gefördert und geschützt wird.

NÄRRISCHER LANDTAG

Beim "Närrischen Landtag 2016" empfing Marcus Optendrenk das Kempener Prinzenpaar Rainer I. und Angelica I. Mitten unter den 111 Prinzenpaaren tummelten sich die Kempener mit ihren Pagen Christoph und Simone sowie Prinzenführer Heinz Kox (nicht auf dem Bild).



OPTENDRENK: NWB BRAUCHT KRISENMANAGEMENT



Marcus Optendrenk hat an den Vorstand des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr geschrieben und bemängelt, dass es regelmäßig zu Verspätungen auf der Strecke des Niersexpress zwischen Kleve und Düsseldorf kommt, Züge ausfallen, die Information der Fahrgäste in Zügen und Bahnhöfen völlig unzureichend sind und es keine zusätzlichen Informationen über nachfolgende Züge oder Alternativrouten gibt. Auch der Zustand der eingesetzten Züge – defekte Türen und Trittstufen, Ausfall der Heizung bzw. der Klimaanlage, überfüllte Züge – ist inakzeptabel.

Beim RE10 scheint es strukturelle Schwierigkeiten zu geben, die zu dauerhaften unzumutbaren Belastungen der Fahrgäste führen. Der NWB gelingt es offenkundig nicht, zumindest ein Krisenmanagement einzurichten, das bei Eintritt einer Störung unmittelbar greift und die Beschwerden der Bahnkunden durch Information und Alternativangebote mindert.

Marcus Optendrenk appelliert an den VRR als Vertragspartner der NordWestBahn und Anbieter der Pendlertickets, eine Lösung für die permanenten Probleme auf der Strecke des RE10 zu finden und den vielen betroffenen Kunden endlich eine zuverlässige Zugverbindung in der Region anzubieten.

BODY-CAMS FÜR POLIZISTEN

Obwohl viele Bundesländer ihre Polizei inzwischen mit Body-Cams ausgestattet haben, weigern sich SPD und Grüne weiterhin, ihre Einsatzbeamten der Polizei NRW mit Schulterkameras auszurüsten. Body-Cams werden in den rot-grün regierten Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg bereits seit längerer Zeit erfolgreich getestet; Hessen hat den Einsatz von Body-Cams kürzlich sogar in den Regelbetrieb überführt.

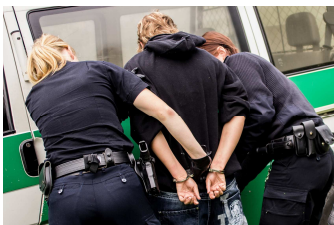


Foto: © jonasginter - Fotolia

Die CDU-Forderung nach Body-Cams wird von allen Polizeigewerkschaften ausdrücklich unterstützt.

Der GdP-Landesvorsitzende Plickert hat nach den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht erklärt, dass die Ausstattung der Polizei NRW mit Body-Cams überfällig sei. Wenn die Kölner Polizei mit Body-Cams unterwegs gewesen wäre, hätte man heute einen wesentlich genaueren Überblick über die Situation auf dem Bahnhofsvorplatz und bessere Aufnahmen von den Tätern, so Plickert.

NEUER GRENZINFOPOINT

Die Euregio Rhein-Maas-Nord hat im Euregio-Haus in Mönchengladbach zum 1. Januar 2016 einen so genannten Grenzinformpunkt eingerichtet. Zwei Mitarbeiterinnen beraten dort Bürgerinnen und Bürger aus der Region, vor allem aber Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu Themen wie Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung, Lohnsteuer, Krankenversicherung, Rente, Umzug und sonstige Sozialleistungen (etwa Kindergeld).



Die Fragen können telefonisch oder per Mail gestellt werden, es gibt aber auch die Möglichkeit einer persönlichen Beratung im Euregio-Haus nach vorheriger Terminabsprache:

Konrad-Zuse-Ring 6, D-41179 Mönchengladbach, Telefon +49 (0)2 161 6985 503

E-mail: grenzinfopunkt@euregio-rmn.eu

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 9.30 - 12.30 und 13.30 - 16 Uhr, Freitag 9.30 - 12 Uhr.

LANDESSTRASSENBAU FAKTISCH EINGESTELLT

Das rot-grüne Landeskabinett hat beschlossen, Radschnellwege den Landesstraßen gleichzustellen. Das bedeutet,



dass der Bau von Landesstraßen zukünftig nahezu zum Erliegen kommen wird. Dringend benötigte Ortsumgehungen und Lückenschlüsse werden

dann nicht nur auf Jahre verschoben, sondern für immer ausbleiben. LKW-Verkehr wird sich durch enge Ortschaften schieben. Wenn Radschnellwege im Straßen- und Wegegesetz zu Landesstraßen wer-

den, wird viel weniger in Landesstraßen investiert. Denn die bislang dafür vorgesehenen Mittel werden in Zukunft für Radschnellwege ausgegeben.

Im Jahr 2016 werden ohnehin nur 32 Millionen Euro für den Neubau von Landesstraßen bereitgestellt. Das ist der schlechteste Wert, seit es darüber überhaupt Aufzeichnungen gibt. Nun hat die grüne Landtagsfraktion gefordert, den Landesstraßenneubau von nur 32 Millionen Euro noch einmal zugunsten des Radwegebaus zu halbieren. Das bedeutet den Niedergang des Landesstraßenbaus in unserem Land.

KEIN BÜROKRATIEABBAU IN DEN KOMMUNEN

Rot-Grün hat einen CDU-Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau in den Kommunen abgelehnt. Mit dem Gesetz sollten Kommunen von überflüssiger Bürokratie befreit und damit Einsparungen erreicht werden. Die Finanzlage der Kommunen ist teilweise dramatisch. Viele gesetzliche Regelungen und überzogene Standardvorgaben betreffen die Kommunen und sorgen dort für zusätzliche finanzielle Belastungen. Rot-Grün hat deren Entlastung verweigert.

Nicht zuletzt mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme der Flüchtlinge wäre es enorm wichtig gewesen, den Kommunen Spielräume und Flexibilität zu verschaffen. Dies betrifft vor allem die Aufgaben der Unterbringung und

Integration von Flüchtlingen. Beispiele zur Entlastung der Kommunen wären mögliche Befreiungen von Vorgaben im Bereich der Landesbauordnung, des Kinderbildungsgesetzes und des Schulgesetzes.



Um die Herausforderungen der Flüchtlingskrise und des demografischen Wandels flexibel und mit örtlich angepassten Lösungen bei der kommunalen Aufgabenerledigung begegnen zu können, hätte das Gesetz eine wirkliche Hilfe für die Kommunen sein können. Nach der Ablehnung steht die Landesregierung in der Pflicht zu erklären, wie sie die Kommunen entlasten will.

ÖFFNUNGSZEITEN DER KLEIDERTRUHE



Die Kleidertruhe der CDU Frauen Union Brüggen, Nikolausplatz (Eingang neben der Kirche) ist an folgenden Tagen im Jahr 2016 geöffnet:

9. Februar, 8. März, 5. April, 3. Mai, 31. Mai, 28. Juni, 26. Juli, 23. August, 20. September, 18. Oktober, 15. November, 13. Dezember.

Jeweils zwischen 15 und 17 Uhr kann an diesen Tagen gut erhaltene und saubere Kleidung für die jeweilige Saison abgegeben und natürlich auch erworben werden.

Die Kleidertruhe bittet darum, dass die Kleidung nur persönlich zu den Öffnungszeiten abgegeben und nicht vor die Türe gelegt wird.

ROT-GRÜNER PENSIONSFONDS



Rot-Grün hat beschlossen, die jährlichen Zuführungen zur Rücklage für zukünftige Beamtenpensionen ab 2017 drastisch zu kürzen. Bislang war vorgesehen, dass die jährlichen Zuführungen an den Versorgungs-

fonds um rund 100 Millionen Euro pro Jahr ansteigen. Ab 2017 sollten mehr als eine Milliarde Euro zurückgelegt werden.

Nun werden die Zuführungen auf 200 Millionen Euro eingefroren. Alleine von 2017 bis 2025 bedeutet dies, dass der Finanz-

minister 9 Milliarden Euro weniger in den Versorgungsfonds einzahlen wird. Damit kündigt Rot-Grün den zehn Jahre bestehenden Konsens aller Landtagsfraktionen auf, für jeden neu eingestellten Beamten eine 70-prozentige Vorsorge für zukünftige Versorgungsausgaben anzusparen.

Die gesamte Finanzplanung bis 2019 beruht darauf, den letzten Rest einer präventiven Finanzpolitik aufzugeben. Nur so kann die Regierung Kraft die angebliche Null im Haushalt 2019 einhalten. Und der Konsum auf Kosten zukünftiger Generationen steht wieder im Mittelpunkt rot-grüner Politik.

OPTENDRENK: HAUSHALT NICHT IM GRIFF

Schon in den Debatten Mitte Dezember 2015 hatte die CDU-Landtagsfraktion vor einem rund 500 Millionen Euro großen Steuerloch im Landesetat gewarnt. Nun musste Finanzminister Walter-Borjans einräumen, dass statt der noch Mitte Dezember 2015 prognostizierten Steuereinnahmen 470 Millionen Euro weniger in die Landeskasse geflossen sind als geplant.

Auswirkungen hat dies nicht nur für 2015, sondern auch für das laufende Jahr. Denn der Finanzminister hat ähnlich riskante

Annahmen für 2016 getroffen. Wann er erste Korrekturen an seinen Einnahmeerwartungen und der ohnehin hohen

Neuverschuldung von derzeit 1,8 Milliarden Euro vornehmen muss, ist nur eine Frage der Zeit. Das zeigt einmal mehr, dass der Finanzminister seinen Haushalt nicht in Griff hat.



WOHNUNGSEINBRÜCHE AUF DEM HÖCHSTSTAND



Foto: © Guido Grochowski - Fotolia

Nordrhein-Westfalen ist im vergangenen Jahr erneut von einer heftigen Einbruchswelle heimgesucht worden. Während sich beispielsweise in Bayern eine Entspannung der Lage abgezeichnet hat, ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen im 1. Halbjahr

2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 50 Prozent gestiegen. Die Polizei rechnet für das Gesamtjahr 2015 mit

insgesamt 65.000 Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen. Das wäre der höchste Stand an Wohnungseinbrüchen in der Geschichte unseres Bundeslandes.

Es ist erschreckend, wenn Innenminister Jäger seiner bisherigen Politik „bundesweiten Vorbildcharakter“ bescheinigt. Herrn Jägers Bilanz auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung ist kein leuchtendes, sondern ein abschreckendes Beispiel für andere Bundesländer.

FLÜCHTLINGSPAUSCHALE NICHT REALISTISCH

Trotz aller Verbesserungen, die die Kommunen in den Verhandlungen mit dem Land über die Ausgestaltung der Flüchtlingskosten erreicht haben, bleibt es dabei, dass die Flüchtlingspauschale auch



Foto: © Matthias Stolt - Fotolia

weiterhin nicht den realen finanziellen Herausforderungen der Städte und Gemeinden gerecht wird. Weiterhin erhalten die Kommunen

nicht die Mittel, die sie für die immense Aufgabe der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen benötigen. Daher muss das Pauschalsystem endlich durch eine volle Erstattung kommunaler Flüchtlingskosten ersetzt werden, wie es andere Bundesländer wie Bayern und das Saarland vormachen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass für die Erstattung der Kosten im Jahr 2016 zunächst nur eine Prognose auf Basis der statistischen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom August 2015 zugrunde gelegt werden soll. Zudem wird bei der Verteilung auf die Kommunen nur der gesetzliche Zuweisungsschlüssel, nicht aber die tatsächliche Flüchtlingszahl bei der Pauschale berücksichtigt.

Die Anhebung der Flüchtlingspauschale um ein Drittel auf 10.000 Euro in 2016 sowie die Erweiterung des anrechenbaren Personenkreises der sogenannten Geduldeten werden nur mit Mitteln des Bundes bezahlt. Allein das zeigt, dass hier der Bund seiner Verantwortung gerecht wird, nicht aber Rot-Grün.

WILLKOMMENSBUCH FÜR FLÜCHTLINGE

Marcus Optendrenk und Uwe Schummer besuchten mit der Frauenunion des Kreises Viersen die Flüchtlingsunterkünfte in Kempen, Brüggen sowie Nettetal. Teil des Besuches war die Verteilung eines Willkommensbuches mit dem Titel "Deutschland. Erste Informationen für Flüchtlinge", das von der Konrad-Adenauer-Stiftung initiiert worden ist. Inhalt des Buches sind Informationen für Neuankömmlinge beispielsweise über die deutsche Leitkultur, das alltägliche Leben in Deutschland sowie

die deutsche Geschichte. Ein kurzer Sprachteil rundet die Informationen ab.

Das Buch ist über die Konrad-Adenauer-Stiftung erhältlich und liegt auch kostenfrei als App für iOS und Android vor.



Dr. Marcus Optendrenk MdL
CDU-Kreisverband Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011
Telefax 02162 - 18989

marcus.optendrenk@landtag.nrw.de
www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL
CDU-Kreisverband Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011
Telefax 02162 - 18989

stefan.berger@landtag.nrw.de
www.stefan-berger.de